

ODE AN DIE FREUDE

Die Welt feiert Beethovens 250. Geburtstag. Klaus Harer beschreibt die zentrale Bedeutung des Komponisten für die russische Musikentwicklung.

Seite 13



PETERSBURGER DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

TRAUER UM SCHÄTZE

Im 2. Weltkrieg raubten die Deutschen russisches Kulturgut, manches retteten sie, manches blieb verschollen. Corinna Kuhr-Korolev bilanziert.

Seite 15

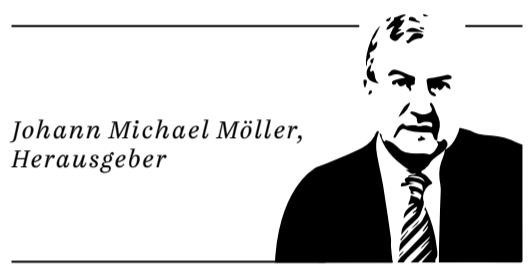


ISSN: 2566-8668

Krieg der Erinnerungen

Es könnte das letzte Mal sein, dass Europa des Kriegsendes vor 75 Jahren in der Überzeugung gedenkt, den alliierten Sieg über Nazideutschland als den großen gemeinsamen „Erinnerungsort“ seiner jüngeren Geschichte zu betrachten. Die letzten Vertreter der Kriegsgeneration sterben aus und ihre Zeitzeugenschaft muss dem Deutungswettbewerb der Nachgeborenen weichen. Aus der Erinnerung an den Krieg ist längst, wie es die junge russische Historikerin Ekaterina Makhotina formuliert hat, ein „Krieg der Erinnerungen“ geworden.

Dieser wird nicht nur laut und vernehmlich zwischen Russland, Polen und den baltischen



Johann Michael Möller, Herausgeber

Staaten ausgetragen, sondern hat mit der jüngsten Resolution des Europaparlaments zur „Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins“ auch die ganze Union erreicht. Darin wird ein geschichtspolitischer Perspektivwechsel vollzogen, der in den mittelosteuropäischen Beitrittsländern schon länger im Gange ist. Radikaler könnte der nicht sein.

Denn er rückt den berüchtigten Hitler-Stalin-Pakt ins Zentrum der europäischen Erinnerungskultur und macht ihn dadurch zum eigentlichen Ausgangspunkt des Zweiten Weltkriegs. Hitler und Stalin, heißt das im Klartext, treffe im Grunde dieselbe Schuld.

In russischen Ohren muss dieser Vorwurf ungeheuerlich klingen, denn er stellt mit dem Sieg über den Faschismus nicht nur den zweiten Gründungsmythos der alten Sowjetunion infrage, sondern betrifft auch das heutige Selbstverständnis Russlands. Dort empfindet man den eigenen Beitrag zur Befreiung Europas vom Faschismus immer noch als die letzte moralische Errungenschaft, die vom sowjetischen Erbe übriggeblieben ist. Jetzt sind wir also nur noch die Täter, bemerkt der Historiker Alexey Miller bitter, und die anderen sind nur die Opfer.

Dass diese geschichtspolitische Wende des Europaparlaments in Deutschland vergleichsweise wenig beachtet wurde, ist umso verwunderlicher, als in letzter Konsequenz auch das deutsche Selbstverständnis von der Singularität der Naziverbrechen in Frage gestellt wird. Das hat nichts mit einem westeuropäisch dominierten Weltbild zu tun, das die besondere Tragik Ostmitteleuropas verkennt. Es geht am Ende um ein gemeinsames Grundverständnis der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, das nicht auf dem Altar nationaler Geschichtsstrategien geopfert werden darf.

#12

ARCHITEKT DES AUTORITÄREN

Wladimir Putin regiert seit 20 Jahren. Katja Gloger stellt dem faktischen Zaren einer auferstandenen Großmacht ein Zwischenzeugnis aus.

Seite 3

ALTES, NEUES FEINDBILD

Matthias Platzeck will wieder mehr Partnerschaft mit Russland wagen und verlangt in seinem neuen Buch eine neue Ostpolitik. Ein Vorabdruck

Seite 5

PUTINS NEUER

Hat die Berufung von Dmitri Kosak als Ukraine-Berater Einfluss auf die Lage im Donbass? Vladimir Solovjev ist optimistisch.

Seite 6



JAHRE

KRIEGSENDE

Licht und Schatten des Neubeginns Seiten 8 – 11

Das Spiel ist aus

In Syrien haben Europa und die USA versagt und ihre Glaubwürdigkeit verspielt, gesiegt hat die Autokratie

VON KRISTIN HELBERG

Nach fast neun Jahren ist der Konflikt in und um Syrien nicht gelöst, aber entschieden. Gewonnen haben das syrische Regime, Russland, Iran und ein bisschen auch die Türkei. Sie wussten, was sie wollten, waren bereit, alles dafür zu tun und passten die eigenen Strategien pragmatisch der Kriegsdynamik an. Verloren haben die USA und Europa, die den Wunsch vieler Syrer nach einem Leben in Freiheit und Würde halbherzig und planlos unterstützten.

Der Westen hat viel geredet und wenig getan und mit dieser Lücke zwischen Worten und Taten die eigene Glaubwürdigkeit verspielt. Er konnte mit seinem System aus internationalen Absprachen, moralischen Prinzipien und demokratisch legitimierten Institutionen weder den Syrern helfen noch den Krieg beenden. Die liberale Demokratie hat im Syrien-Konflikt folglich versagt, die Autokratie hat gesiegt. Ein Ergebnis mit weitreichenden Folgen – für die Syrer, den Nahen Osten, Europa und die Welt.

Präsident Baschar al-Assad bleibt an der Macht und wird in den kommenden Monaten die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet zurückgewinnen – in Idlib mit Waffengewalt, im Nordosten durch eine schleichende Übernahme der kurdischen Selbstverwaltung. In Syrien geht es weiter wie bisher, nur schlimmer.

Assads Herrschaft erfordert Loyalität, die er mit Klientelismus erzeugt und mit Angst erzwingt. Die beiden Säulen seiner Macht sind deshalb treu ergebene Geschäftsleute und ein weit verzweigter Geheimdienstapparat. Wer das Regime stützt wird belohnt, wer es ablehnt wird bestraft.

Die Geheimdienste sind so mächtig wie nie. Lokale Milizen machen, was sie wollen. Es wird bestochen und erpresst, gedroht und entführt, geplündert und gestohlen. Ging die Willkür vor dem Krieg ausschließlich vom Staat aus, sind die Syrer nun auch nicht-staatlichen und ausländischen Akteuren ausgeliefert.

Das pseudosozialistische, neokapitalistische Wirtschaftssystem hat zu einer Symbiose zwischen Unternehmern und Regimevertretern geführt. Durch die von Assad vorangetriebene Liberalisierung und die Kriegswirtschaft der vergangenen Jahre sind Herrschafts- und Vermögensstrukturen in Syrien miteinander verschmolzen. Regimenaher „crony capitalists“ profitieren von der Privatisierung öffentlichen Eigentums, von Schmuggel und der Bildung von

Monopolen im Dienstleistungssektor. Macht und Geld sind in Syrien nicht voneinander zu trennen, was bei humanitärer Hilfe und beim Wiederaufbau zu beachten ist.

Während Teile des Landes in Trümmern liegen, das syrische Pfund weiter an Wert verliert und laut UN mehr als 80 Prozent der Syrer in Armut leben, kümmert sich das Regime im Sinne der Herrschaftssicherung vor allem um seine Anhänger und Unterstützer. In Aleppo fließen UN-Gelder nicht in die am meisten zerstörten Wohnviertel im ehemals oppositionell verwalteten Osten der Stadt, sondern in Gebiete, deren Bewohner als regimetreu gelten. Im Süden von Damaskus baut die Stadtverwaltung auf den Ruinen zerbombter Mittelstands- und Arbeiterviertel nicht etwa Sozialwohnungen, sondern Luxusressorts. Frühere Bewohner werden enteignet oder mit lächerlichen Summen entschädigt.

Dieses Verhalten lässt sich von außen nicht beeinflussen, da es den Herrschenden das Überleben sichert. Seit Jahrzehnten sind Gesellschaft, staatliche Institutionen und Privatwirtschaft vom Regime vereinnahmt, sie bilden ein engmaschiges Geflecht aus gegenseitigen Abhängigkeiten. Jedes echte Zugeständnis – etwa die Entmachtung der Geheimdienste, Meinungs- und Pressefreiheit oder eine unabhängige Justiz – würde das System zum Einsturz bringen und die Machthaber in Damaskus existenziell bedrohen. Das syrische Regime ist folglich seinem Wesen nach unfähig zu wirksamen Reformen.

Diese Erkenntnis ist wichtig für ausländische Akteure, die im Umgang mit Damaskus eine Strategie suchen. Vergeblich bemühen sich die USA und Europa seit 2012 um einen „glaubwürdigen politischen Übergang“ inklusive Machtübertragung, Übergangsregierung, neuer Verfassung und demokratischer Wahlen unter UN-Aufsicht.

Das von Staatschefs und Außenministern wiederholte Mantra, der Konflikt könne nicht militärisch, sondern nur politisch gelöst werden, ist zur peinlichen Floskel verkommen. Sie entlarvt die Strategielosigkeit und Handlungsunfähigkeit des Westens. Denn sie missachtet eine Grundregel der Diplomatie, der zufolge eine Verhandlungslösung erst dann möglich ist, wenn sämtliche Konfliktparteien keinen Sinn mehr darin sehen weiterzukämpfen. Militärische Eskalation darf sich für keine Seite mehr lohnen,

Fortsetzung auf Seite 4

Kann er auch Politik?

Der neue russische Ministerpräsident Michail Mischustin steht vor einem Gang über ein Minenfeld

VON VIKTOR LOSCHAK

Seinen Namen erfuhren 86 Prozent der von Soziologen befragten Russen erst, als Michail Mischustin zweiter Mann im Staat geworden war. Inzwischen kennen sie sein schönes Lächeln und das willensstarke Gesicht eines Menschen mit Charakter. Aber in der Regierung gibt es so viele Neulinge, dass das Land noch einige Zeit zu tun hat, sich mit seiner neuen Führung bekannt zu machen.

Mischustin kehrte vor zehn Jahren in den Staatsdienst, nachdem er zwischenzeitlich Gesellschafter eines privaten Investmentunternehmens gewesen war, weshalb es seiner Familie seit langem sehr gut geht: Viel Geld, große Häuser an der berühmten Rubljowka, seine Söhne und nahen Verwandten sind wohlhabend.

Um möglichen Gerüchten über die Provenienz des Vermögens des neuen Premiers zu begegnen, gab die Geschäftsführerin der Investmentgesellschaft UFG Invest Group, Polina Gerasimenko, vor Kurzem der Nachrichtenagentur RBK ein Interview: In den zwei Jahren seiner Tätigkeit als Gesellschafter dieses Unternehmens habe Mischustin 2,5 Millionen Dollar verdient, im Verlauf von weiteren fünf Jahren hätten nahe Verwandte, die seinen Anteil an dem Trust übernahmen, noch einmal 33,5 Millionen Dollar erwirtschaftet.

Der neue Ministerpräsident schreibt Gedichte und Lieder, spielt nach Gehör Klavier, liebt Tennis und spielt mit dem Präsidenten Eishockey in der „Nacht-Hockey-Liga“. Davon abgesehen gehörte er aber nie zu Wladimir Putins engem Umkreis und zählt auch jetzt nicht dazu. Er ist das neue Gesicht der Macht, das die Russen schon seit langem sehen wollten.

Während der Fahrt in ein in der Stadt Dubna bei Moskau gelegene Forschungszentrum erklärte mir ein guter Freund in aller Kürze, wer dieser Mischustin ist. Auf einem Feld in der Nähe der Straße stehen Hallen, in denen sich das Rechenzentrum der Steuerbehörde Russlands befindet. Mischustin ist ein Steuerrevolutionär. Mit Hilfe der Digitalisierung hat er dieses fiskalisch desolate Land im Hinblick auf Technologie und Effektivität der Erfassung und Eintreibung von Steuern fast zu einem der vorbildlichsten in der Welt gemacht. So ist gerade die Steuerverwaltung zu einem fortschrittlichen Zentrum für die Erfassung wirtschaftlicher Informationen geworden, wodurch es nun möglich wird, mit Hilfe umfangreicher Daten sozioökonomische Prozesse in ganz Russland besser zu verstehen.

Vierundfünfzig Jahre ist ein gutes Alter, um Ministerpräsident zu werden. In diesem Alter ist eine solche Herausforderung interessant, und man ist weise genug, sie richtig anzunehmen. Wozu Putin, der im Grunde selbst das gesamte russische politische System verkörpert, Mischustin braucht, ist offensichtlich: Nach dem gerade stattfindenden Umbau der Verfassung zu urteilen, hat der Präsident die Absicht, „zu gehen, um zu bleiben“. Dafür braucht er nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch eine funktionierende Wirtschaft und ein zufriedenes Land.

Die Qualität der Verwaltung in Russland war jedoch bis zum Beginn des Jahres 2020 so niedrig, dass die Regierung es nicht einmal fertigbrachte, auch nur die vorhandenen Ressourcen auszuschoöpfen: 2018 wurden 770 Milliarden Rubel nicht ausgegeben, im vergangenen Jahr eine Trillion. Dieses Geld war vor allem für nationale Projekte verplant und hätte wenigstens ein kleines Wirtschaftswachstum herbeiführen können.

Putin hat nirgends von einer *Carte blanche* für den neuen Ministerpräsidenten gesprochen, aber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts tut es umso deutlicher: Mischustin hat mehrere seiner Vize-Ministerpräsidenten und Minister ernannt, und Putin hat die beiden letzten seiner alten und ihm nahestehenden Kollegen aus der Regierung entfernt: Dmitri Kosak und Witali Mutko.

Es war Kosak, der Putin in das Petersburger Rathaus holte, wo für den ehemaligen Offizier des KGB ein neues Leben im Staatsdienst begann. Mischustin hat seine Regierungsmannschaft selbst zusammengestellt, vielleicht ist es nun möglich, die bisherige Regierungspraxis zu beenden, über den Kopf des Ministerpräsidenten hinweg mit dem Präsidenten zu kommunizieren. Mischustins Vorgänger nahm häufig nicht einmal an den Sitzungen des Präsidenten mit seiner Regierung teil.

Wer bleibt, das sind die Angehörigen der Sicherheitsdienste und des Militärs, die Silowiki. So wird das vielleicht wichtigste Problem der russischen Entwicklung konserviert – die fast schon institutionalisierte Alimentierung der Silowiki durch die Wirtschaft. Die geistige Wurzel dieses Problems liegt in einem pervertierten Verständnis von Gerechtigkeit: Stillschweigend gilt, dass ein Beamter, der beim FSB oder bei der

Fortsetzung auf Seite 6

Die russische Ausgabe des Petersburger Dialogs liegt der Tageszeitung Kommersant bei.

ПЕТЕРБУРГСКИЙ
ДИАЛОГ

Fortsetzung auf Seite 4



Mehr Demokratie wagen: Nach dem Fiasco in Thüringen trat die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer zurück. Friedrich Merz (links), Armin Laschet und weitere Kandidaten versprechen einen Aufbruch.

Die Sorgen um Deutschland, die auch die Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz umtrieben, hat der Kommentator der *Süddeutschen Zeitung*, Stefan Kornelius, so zusammengefasst: „Wird der Anker Europas, der Leuchtturm der Freiheit, der Retter des Westens jetzt zu einem neuen Trumpistan?“

Andere orakeln über baldige Weimarer Verhältnisse, warnen vor einer weiteren Zersplitterung des Parteiensystems wie zwischen 1919 und 1933, was damals immer neue Koalitionen erzwang und zu schnellen Brüchen dieser Regierungsbündnisse führte – und letztendlich zur fatalen Hoffnung darauf, dass eine autoritäre, nationale Regierung der NSDAP wieder für Ordnung sorgen könnte.

Wieso die Ängste? Weil nach der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nun auch die letzte verbliebene Volkspartei zu zerbrechen droht, die CDU. In Thüringen wählten ihre Abgeordneten gemeinsam mit den Rechtsaußen von der Alternative für Deutschland (AfD) den Kandidaten für fünf Mann starken Fraktion der liberalen FDP zum Ministerpräsidenten. Eine regionale Polit-Farce mit Folgen für das ganze Land.

Denn ein kleiner, aber möglicherweise wachsender Teil der Union sieht Gemeinsamkeiten mit der AfD, nicht nur in Ostdeutschland, und spricht mit deren Abgeordneten darüber, wo eine Zusammenarbeit möglich wäre. Mit deren Fraktionschef im Bundestag, Alexander Gauland, sind sie der Meinung, es sei „völlig unsinnig und realitätsfern, auf Dauer nicht mit der AfD zusammenarbeiten zu wollen“.

In Thüringen sehen einige, wie der inzwischen zurückgetretene CDU-Vorsitzende Mike Mohring, die Option für eine Zusammenarbeit mit den Linken. Die derzeitige Führung der Bundespartei bleibt dabei: Weder das eine noch das andere ist erlaubt.

Die Umfragewerte der CDU sind nach dieser Blamage katastrophal, die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer musste zurücktreten, die Partei scheint in einen christlich-liberalen und einen sogenannten wertkonservativen Flügel derer zu zerbrechen, die insbesondere in Klima-, Flüchtlings- und Genderfragen Merz liberaler Politik ablehnen – ganz so wie die AfD.

Die Stimmen mehren sich, die Mer-

kel für die Misere verantwortlich machen. Rufe nach dem Rücktritt der Bundeskanzlerin und Neuwahlen mit einem neuen Kandidaten für Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur werden laut.

Wieso das? Die AfD und ihre Anhänger skandierten schon 2015 „Merkel muss weg!“ Damals war die Wirtschaft stabil, Merkel hatte Deutschland stoisch durch die Finanzkrise gesteuert, die Union lag bei Umfragen bei mehr als 40 Prozent. „Dann kam die Flüchtlingskrise, und mit ihr begann der Niedergang der Union“, kommentierte stellvertretend Nikolas Busse in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Merzels Nachfolger werde „sicher nicht darum herumkommen, in der Migrationspolitik Distanz zu Merkel zu schaffen“.

Das aber ist zu eindimensional. Die Gründe für einen offenbar wachsenden Teil der Bevölkerung, den Volksparteien nicht mehr zu vertrauen, sind vielfältiger.

Bei Umfragen erweist sich, dass in Ostdeutschland grob zusammengefasst die

Hälfte der Menschen nur „teils, teils“ zufrieden sind mit der Demokratie, vom Rest deutlich mehr unzufrieden als zufrieden. Und das liegt nicht nur an der Flüchtlingspolitik.

Warum verweigern immer mehr Deutsche den bewährten Politschlachtschiffen die Gefolgschaft? Es gibt viele Antworten, und sie haben mit Außenpolitik wenig zu tun:

- weil zuvörderst Menschen im Osten, also in der früheren DDR, sich von den historischen Siegen im Westen über den Tisch gezogen und bis heute bevormundet fühlen;
- weil die arbeitende Bevölkerung das Gefühl hat, dass in einer globalisierten und sich einseitig den Gesetzen der Wirtschaft und des Wettbewerbs beugenden Gesellschaft nicht mehr fair geteilt wird, Lasten und gemeinsam produzierte Erträge gleichermaßen;
- weil jeder vierte Erwerbstätige armutsgefährdet ist und ein Viertel der Rentner kaum über die Runden kommt;
- weil ein relevanter Teil der Deutschen

den Eindruck hat, dass ihre Sorgen und Ängste beiseite gewischt werden und in Medien und Politik Themen dominieren, die sie für nachrangig halten;

- weil sie das Gefühl haben, bei Widerspruch wie ein ungehorsamer Schuljunge in die Schäm-Ecke des Klassenzimmers gestellt zu werden, zu den Rechtsextremisten;
- weil sie sich beim Gebrauch von Begriffen wie Heimat und Patriotismus dem Verdacht ausgesetzt sehen, ein rechter Nationalist zu sein;
- weil die Volksvertreter sich um Posten statt um Inhalte streiten, Privilegien absichern, Wassergräben um die eigenen Posten ziehen und, statt Klartext zu reden, sich hinter Floskeln verstecken;
- weil junge, engagierte Nachwuchskräfte, die sich für ihre Ideale aus der Deckung wagen, vom Establishment degradiert werden.

Menschen mit solchen Empfindungen kehren den etablierten Parteien den Rücken. Aber stimmt das alles? Und wenn ja, wie könnten die Parteien die

Enttäuschten und Abtrünnigen zurückgewinnen?

Die beiden Volksparteien, SPD und CDU, sind zu seelenlosen Parteien geworden. Die CDU, weil sie ihre Tradition vergessen hat und ihren konservativen, bürgerlichen Wesenskern. Die Christlich-Konservativen haben sich dem Zeitgeist ergeben, alte Prinzipien aufgegeben und sich aufgemacht in die sogenannte Mitte. Dabei ist eingetreten, wovon so umstrittene wie weitsichtige Politiker des vorigen Jahrhunderts wie Franz Joseph Strauß gewarnt haben: In Deutschland hat eine Partei die Lücke auf der Rechten besetzt. Und das ist nur zum Teil eine Folge der Flüchtlingskrise.

Auch auf der anderen Seite der Mitte weiß die SPD schon seit Jahren nicht mehr, wem sie eigentlich verpflichtet ist: denen, die mit ihrer Arbeit den Läden am Laufen halten, den Arbeitern und kleinen Angestellten mit ihren Familien, die Miete bezahlen und trotz Vollzeitarbeit kaum ihr Leben bestrei-

ten können. Stattdessen haben sie dazu beigetragen, dass sich jene die Taschen füllen, die in der Partei früher Kapitalisten hießen. Ihre Versuche, die Grünen beim Klima und bei Genderfragen nachzuahmen, haben nicht verfangen. Die Menschen bevorzugen das Original, schon hoffen die Grünen auf eine Beteiligung an der nächsten Regierung spätestens 2021 – vielleicht sogar mehr.

Die SPD dümpelt bei unter 15 Prozent, die CDU steht, will sie dieses Schicksal vermeiden, vor einer Richtungsentscheidung: Wer führt die Partei und wer tritt für die Kanzlerschaft an?

Drei Kandidaten stehen im Fokus: Als Erster meldete Norbert Röttgen seine Kandidatur an. Der jugendlich wirkende 55-Jährige gehört dem liberalen Flügel der Partei an, war einst ein treuer Knappe der Kanzlerin, ehe er nach dem verunglückten Versuch, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen zu werden, auch etwas unruhlich das Kabinett verlassen musste, dem er als Umweltminister angehört hatte. In der Folge gelang es Röttgen jedoch, sich als Außenpolitiker wieder einen besseren Ruf zu erarbeiten. Zweiter Kandidat ist der wirtschaftsnahe Friedrich Merz, der angeblich an der Basis eine erhebliche Fangemeinde und Merkel schon mehrfach herausgefordert hat und mit seiner rechtskonservativen Grundeinstellung Wähler von der AfD zurückgewinnen könnte. Dritter im Bunde ist der bodenständige Armin Laschet, der als moderat und Moderator gilt, den größten Landesverband Nordrhein-Westfalen anführt, schon mal einen Blick in Richtung Grüne wagt und Merzels Flüchtlingspolitik immer befürwortet hat – auch als Christ(demokrat).

Alle Kandidaten werden auf jeden Fall darauf achten, auf eine gewisse Distanz zu Merkel zu gehen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz wagte es selbst Laschet, die Kanzlerin anzugreifen – wegen ihrer zögerlichen Haltung gegenüber Macrons Plänen für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik. Weimar oder Trumpistan? Die CDU steht vor einer Zerreißprobe.

Peter Koepff ist Chefredakteur dieser Zeitung

☐

FORTSETZUNG VON SEITE 1 „DAS SPIEL IST AUS“

erst dann gibt es Bereitschaft zum Kompromiss und diplomatischen Spielraum.

An diesem Punkt befand sich der Syrien-Konflikt noch nie. Für Assad hat es sich stets gelohnt, ums Überleben zu kämpfen, denn sein Regime hatte alles, was es brauchte, um den Krieg militärisch zu gewinnen: Massenvernichtungswaffen und die Bereitschaft, sie gegen die eigenen Landsleute einzusetzen; eine Weltmacht Russland, die ihren letzten Verbündeten in Nahost an der Macht halten will und deshalb mit ihrer Luftwaffe sämtliche Regime-Gegner vernichtet oder vertreibt; eine in asymmetrischer Kriegsführung erfahrene Regionalmacht Iran, die schiitische Milizen am Boden organisiert; eine kriegsmüde, zögerliche und im Rückzug begriffene Weltmacht USA, uneinige und planlose Europäer, ein blockierter UN-Sicherheitsrat und die Ignoranz der Weltgemeinschaft.

Die Versuche der Amerikaner und Europäer, Druck auf Damaskus aufzubauen, beschränkten sich auf ein ausgefeiltes Sanktionsregime (schmerzhaft für die syrische Führung, aber mit Hilfe verbündeter Handelspartner erträglich), halbherzige Waffenlieferungen an wechselnde Rebellengruppen (über Jahre zu wenig zum Siegen und zu viel zum Verlieren) sowie zwei völkerrechtswidrige, symbolische und folgenlose Angriffe auf Militärbasen, um den Einsatz von

Chemiewaffen zu bestrafen. Nichts davon führte zu einer Verhaltensänderung oder erhöhten Kompromissbereitschaft des syrischen Regimes.

Vor diesem Hintergrund ist die Vorstellung, Europa könne mit finanziellen Anreizen beim Wiederaufbau Einfluss auf die Machtverhältnisse und die Realität in Syrien nehmen, schlicht naiv. Jeder europäische Parlamentarier – ob linker Antimperialist oder rechter Nationalist –, der nach Damaskus reist, um sich von Regimevertretern den „normalen Alltag“ und die „stabile Sicherheitslage“ zeigen zu lassen, wird zum Propagandisten Assads. Und zum effektiven Unterstützer der Strategie Wladimir Putins.

Der russische Präsident folgt im Gegensatz zu den USA und Europa in Syrien einem funktionierenden Plan. Er besteht aus drei Stufen: retten, rückerobern, rehabilitieren. Aktuell befinden wir uns im Übergang zu Phase drei, deren Ziel es ist, das syrische Regime international salonfähig zu machen.

Die Logik dahinter klingt plausibel: Assad hat gewonnen und bleibt an der Macht, also besser die Realität anerkennen und konstruktiv am Wiederaufbau des geschundenen Landes mitarbeiten, damit es den armen Menschen dort bald besser geht und die geflüchteten Syrer zurückkehren können.

Einziges Problem: Wer die Menschen

in Syrien im Blick hat, sollte nicht das Regime stützen. Denn jeder Euro, der in großer Absicht nach Damaskus geschickt wird, dient der Festigung jener Herrschaftsstrukturen, die vor neun Jahren zum Aufstand führten.

Was ahnungslose Politiker, Journalisten oder Blogger vor Ort als Stabilität wahrnehmen, ist Friedhofsruhe. Assad braucht das Geld, um seine Cronies zu entlohnen, Milizen ruhig zu stellen, Anhänger mit besseren Lebensbedingungen an sich zu binden und den Geheimdienstapparat zu erhalten. An der Rückkehr geflüchteter Syrer hat er kein Interesse, schließlich hat er die meisten davon gezielt vertrieben, um ehemals oppositionelle Gebiete von Gegnern zu säubern.

Assad frohlockt, schließlich arbeitet die UN seit Jahren mit regimenahe Organisationen, Unternehmen und Personen zusammen, die das Geld in seinem Sinn verteilen. Einige dieser Partner stehen auf den Sanktionslisten der USA und Europas – ein Skandal, sind doch Washington und Berlin die größten bilateralen Geber humanitärer Hilfe in Syrien.

Während Europäer und Amerikaner die Syrer also humanitär versorgen und Assad damit den Rücken für seinen Idlib-Feldzug freihalten, arbeiten Russland, Iran und die Türkei an der langfristigen Absicherung ihres Engagements

in Syrien. Ihre autokratisch denkenden Führungen verstehen Außenpolitik nicht als diplomatisches Aushandeln von Kompromissen, sondern als reine Interessenpolitik.

Mit den Herrschaftsmethoden Assads haben sie naturgemäß kein Problem, im Inneren kann das Regime deshalb walten wie es will. Nicht mal der Kreml hat Einfluss auf Assads Geheimdienste, Sicherheitsgarantien für rückkehrwillige Syrer wird es deshalb von russischer Seite nicht geben.

Für die drei Interventionsmächte hat sich der Einsatz in Syrien gelohnt. Ankara ist zwar von seinem ursprünglichen Ziel eines Machtwechsels in Damaskus abgerückt, kann aber einen Teil der syrischen Aufständischen als islamistische Söldner zur Durchsetzung eigener Interessen nutzen – östlich des Euphrats gegen die Kurden, inzwischen auch in Libyen. Mit ihrem Einmarsch im Oktober 2019 hat die Türkei die dort herrschende Partei der demokratischen Union (PYD) in die Arme Assads und Putins getrieben und ein kurdisches Autonomieprojekt mittelfristig verhindert.

Eine Wiederannäherung zwischen Ankara und Damaskus ist möglich, ihre Geheimdienstchefs trafen sich im Januar in Moskau. Mit Verweis auf das Abkommen von Adana aus dem Jahr 1998 versucht Putin, die beiden Nachbarn auf einen ge-

meinsamen Kampf gegen die PKK und ihre Verbündeten einzuschwören.

Russland unterhält in Syrien drei Militärbasen und bleibt damit über Jahrzehnte im östlichen Mittelmeerraum präsent. Daneben haben sich russische Firmen mit einseitigen Verträgen einen Großteil der Gewinne bei der Förderung von Öl, Gas und Phosphor gesichert. Moskau will in Syrien staatliche Strukturen stärken und Milizen einhegen – ganz im Gegensatz zu Teheran, das an einem Staat im Staat arbeitet, um den eigenen Einfluss militärisch, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu verfestigen. Nach dem Vorbild der iranischen Revolutionsgarden baute der ermordete General Qassem Soleimani die National Defense Forces (NDF) auf, syrische Paramilitärs, die unter lokaler Führung für Assad kämpften.

Was im Libanon mit der Hisbollah gelang und im Irak mit den Hashd al-Shaabi, soll sich in Syrien mithilfe der NDF wiederholen – ein dauerhafter Einfluss über einen von Iran abhängigen lokalen Stellvertreter. Die schiitische „Achse des Widerstands“, die von Teheran über Bagdad, Damaskus und Beirut bis zum Mittelmeer und an die Grenzen Israels reicht, wäre damit komplett.

Ob die iranische Führung diese Vision ohne ihren Strippenzieher Soleimani und angesichts von verschärften Sank-

tionen, aufflammenden Protesten und einer immanenten militärischen Eskalation mit den USA umsetzen kann, ist fraglich. Zumindest mit Blick auf Syrien, wo ihr mit nur zwei Prozent Schützen die Basis in der Bevölkerung fehlt. Russland könnte Irans derzeitige Schwäche nutzen und die syrische Nachkriegsordnung weiter zum eigenen Vorteil ausgestalten.

Der Syrien-Konflikt ist für die USA und Europa verloren. Kurzfristig sollten sie gegenüber dem Regime und den russischen Befriedigungsbemühungen standhaft bleiben und mit Druck auf die UN dafür sorgen, dass ihre humanitäre Hilfe den Bedürftigsten zugute kommt und nicht Assads Patronagenetzwerk. Langfristig können die Europäer auf den Veränderungswillen der Syrer hoffen und sie überall dort, wo es Raum dafür gibt, in ihrem Streben nach Freiheit, ihren Bemühungen um Gerechtigkeit und ihrem Wunsch nach Aussöhnung unterstützen.

Kristin Helberg ist Journalistin und Syrien-Expertin. Sie arbeitet für die ARD, den ORF und andere TV-Sender. Im vergangenen Jahr erschien ihr Buch „Der Syrien-Krieg. Lösung eines Weltkonflikts“ (Herder).

☐